REICHSAUSGABE

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 103 A — BERLIN • Dienstag, den 3. Mai 1932 — 1. JAHRGANG

Eine private Weltwirtschaftskonferenz.

Die letzten bürgerlichen Liberalen.

Von Hellmut Rauschenplat.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 1. bis 4 Mai vom „Berliner Tageblatt" veranstaltet wird, soll die Auflage dieser Zeitung erhöhen und auch sonst für die Firma Mosse Reklame machen.

Doch kommt ihr darüber hinaus, namentlich angesichts der wachsenden handelspolitischen Absperrung der Länder von einander, eine gewisse Bedeutung zu. Denn sie führt, inmitten der allgemeinen Abschließung, aus vielen Ländern Wirtschaftspolitiker zu Aussprachen zusammen, die zumeist Gegner der heute üblichen „Handelspolitik gegen den Handel" sind. Extreme Reaktionäre sind wohl wenige dabei, sie geben jedenfalls nicht den Ausschlag. Das Gesicht der Konferenz dürfte bestimmt werden durch Vertreter des liberalen Bürgertums, **die inmitten der nationalistischen Welle zu internationaler Verständigung bereit sind, die inmitten der kollektivistisch-planwirtschaftlichen Welle noch an liberalen wirtschaftspolitischen Gedankengängen festhalten,** — als ihre vielleicht letzten bürgerlichen Vertreter. Die Liste der vorgesehenen Referenten schließt — politisch gesehen — links ab mit Karl Radek.

Wir kennzeichnen die Tagung heute vorläufig auf Grund der Eröffnungsansprachen, die am Sonntag vormittag im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates gehalten wurden.

Ein anderer Fahrplan!

Felix Pinner, der Chefredakteur des Handelsblattes des „Berliner Tageblatts", charakterisierte in seiner Eröffnungsrede die Autarkie-Bestrebungen als getragen durch eine „Ideologie, die aus der Not eine Tugend, aus dem Fehler ein System machen will". Er geißelte die fortschreitende Abschließung der Staaten voneinander durch folgende Vergleichung: Die Zerschlagung der Weltwirtschaft, die wir beobachten, sei ebenso zu bewerten, als wenn man die Eisenbahn zerstöre, weil eine falsche Fahrplanaufstellung Betriebsunfälle verursacht habe. Wäre es nicht ungleich vernünftiger, fragt Pinner, einen anderen Fahrplan aufzustellen, als die Eisenbahnen zu zerstören?

Gut und schön! Auch wir sind für einen neuen Fahrplan. Wir glauben allerdings: Pinner wird ihn *nicht* aufstellen; denn er tut so, als ob er den alten Fahrplan nicht kenne. Er spricht nämlich davon, daß es früher einen „wertäquivalenten Tausch" (Tausch von wertgleichen Waren) zwischen den Rohstoffländern und den Ländern der Fertigwarenproduktion gegeben habe.

Sollten PINNERs Kenntnisse in der Wirtschaftsgeschichte wirklich so schlecht sein,

daß er nichts weiß von der Art des Austauschs zwischen England und Indien, zwischen den weißen Eindringlingen und den Indianern in Nordamerika, später zwischen Nordamerika und Europa einerseits und Südamerika, Afrika und China andererseits? Pinner weiß sicherlich, daß *Raub* im Namen des *Tausches* getrieben wurde. Und er muß auch wissen, daß das nicht etwa nur geschah zwischen Rohstoff- und Industrieländern, sondern auch zwischen Kapitalisten und Proletariern innerhalb dieser Länder.

Pinner bekennt sich zu der „jedem anderen System überlegenen" Marktwirtschaft. Er schloß seinen Vortrag mit den Worten: „Wir wollen den Glauben an die Gesetze der Wirtschaftlichkeit durch diese Krise hindurchtragen." Mit diesem Glauben kann man freilich keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, durch ihn kann man den alten Glauben der Liberalen nicht ersetzen. Wer heute für Marktwirtschaft eintritt, der muß, wenn er nicht ein Erzreaktionär sein will, eintreten für die von uns im „Funken" immer wieder geforderte

gründliche Fahrplanänderung: Fort mit allen Monopolen, nicht nur mit denen, die neuerdings hinzugekommen sind!

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Klassenkampf und Parteienkampf.

Hk. Berlin, 1. Mai.

Zweimal war der Lustgarten heute überfüllt: mittags bei der sozialdemokratischen Kundgebung und nachmittags bei der kommunistischen.

Ja, es waren zwei *Partei*kundgebungen, wenn auch zur ersten Kundgebung der Berliner Ortsausschuß des ADGB mit aufgerufen hatte. Aber er hatte es getan „in brüderlicher Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei" — diese Worte brauchte Künstler, als er die Kundgebung eröffnete — und hatte aufgerufen zur Demonstration gegen den Faschismus „und seinen kommunistischen Anhang". So war auch Flataus Hauptrede bei der Kundgebung; sie wandte sich gegen „Hitler, Arm in Arm mit dem russischen Reitergeneral Thälmann".

Wer die vorjährige Berliner Maikundgebung der Freien Gewerkschaften und der SPD mit der diesjährigen vergleichen kann, dem fällt auf, welchen Fortschritt die SPD gemacht hat in ihren Bestrebungen, die Gewerkschaften sich untertan zu machen. Was im vorigen Jahr noch Entgleisung sein konnte — wenn z. B. von *„der* Partei" gesprochen wurde —, **das trat in diesem Jahre dreist hervor: das ganze Gerede von der „Eisernen Front" hat keine andere Bedeutung als die, den nackten Parteicharakter der „brüderlichen Gemeinschaft" zwischen SPD und Gewerkschaften zu vertuschen.**

Es ist wohl das zunehmende und richtige Gefühl einer inneren Verfaulung, das die SP-Leitung veranlaßt, den guten Organisationsapparat der Gewerkschaften mehr und mehr für ihre Parteizwecke einzuspannen, nachdem die Propaganda um „den zweiten Mann" wenig Erfolg gehabt hat. Und die heutige Kundgebung, besonders ihr Vergleich mit der auf sie folgenden KP-Kundgebung, zeigte deutlich die innere Schwäche der SP. Es rührte keinen Hund hinter dem Ofen mehr, wenn Flatau von der Demokratie als der schärfsten Waffe des Proletariats sprach; und die „Forderungen", die Künstler und Flatau an die Adresse der Regierung richteten: die Warnung, nicht mit der SPD und der „Eisernen Front" wegen des „Reichsbanners" „anzubinden", die Feststellung, daß die 40-Stunden-Woche dringendes Gebot sei, die Aufforderung an die Regierung, endlich mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm herauszurücken, die Worte gegen den Lohnabbau — all das überzeugte nicht und fand keinen Widerhall; die *Erfahrung* hat auch denen, die heute dem Ruf der SP in den Lustgarten gefolgt waren, gezeigt, daß solche Forderungen im Munde von Sozialdemokraten kaum mehr als Worte sind. Und diese Worte, die ein Appell sein sollten, fanden kein erhebliches Echo mehr.

Von der ersten Führergarnitur der SPD sah man niemanden im Lustgarten.

Nach einigen Stunden sprach an derselben Stelle (auf einer anderen, neuaufgeschlagenen Rednertribüne) Thälmann **von der tiefen *Leidenschaft* der Revolution, von der revolutionären *Initiative* und dem russischen Vorbild, von der *fortreißenden Idee* des Kommunismus und dem *Willen*, sie zu verwirklichen. Und diesen Appell an *moralische* Kräfte verband der Materialist Thälmann mit einer großen Siegeszuversicht. Er sprach unberührt von dem Mißerfolg der Preußenwahlen; der wurde nur gestreift in der Bemerkung, daß noch nie der Weg des Proletariats zum Sieg geradlinig verlaufen sei. Aber *daß* der Weg zum Sieg führt, das ist für Thälmann sicher.** Deswegen seien alle Aeußerungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die KPD erwäge eine Umstellung ihrer politischen und taktischen Linie, „nichts als eine freche Lüge".

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Frankreich wählt Mitte.

Bisher Stärkung Herriots.

In Frankreich hat der Wähler nicht zwischen den Listen der verschiedenen Parteien zu entscheiden, sondern zwischen den Kandidaten, die in seinem Wahlbezirk von den einzelnen Parteien aufgestellt worden sind. In jedem Wahlbezirk verläuft dann die Wahl unter den aufgestellten Kandidaten etwa wie in Deutschland die Reichspräsidentenwahl: im ersten Wahlgang siegt ein Kandidat nur dann, wenn er die absolute Mehrheit der Stimmen erhält, Wahlkreise, in denen kein Kandidat mit absoluter Mehrheit durchkommt, entscheiden am kommenden Sonntag in der Stichwahl unter den aufgestellten Kandidaten.

Von den insgesamt 605 Wahlbezirken in Frankreich und Algier (hinzu kommen noch etwa 6 Wahlbezirke aus den französischen Kolonien) liegen bereits aus 603 Wahlbezirken die Ergebnisse vor. Davon haben in 244 Wahlbezirken die Wahlen zur Entscheidung geführt, in 359 Wahlbezirken wird erst durch die Stichwahl am 8. Mai der Abgeordnete des Bezirks bestimmt.

Die Anteile der wichtigsten Parteien an den im ersten Wahlgang bereits verteilten 244 Kammersitzen liegen folgendermaßen:

Rechtsparteien:

Republikanisch-demokratische Union (Marin)	44 Sitze
Linksrepublikaner (Tardieu)	35 „

(Eine Koalition dieser beiden Gruppen ist bei ihrer gegenwärtigen Verfeindung nicht wahrscheinlich.)

Parteien der Mitte:

Radikalsozialisten (Herriot)	63 „
Radikale Linke (Germain Martin)	24 „

Linksparteien:

Sozialisten (Leon Blum)	40 „

Die zwei kommunistischen Gruppen haben zusammen bisher erst 3 Sitze erhalten.

Eine Vergleichung derjenigen Wahlbezirke, in denen die Wahl schon zum Ergebnis geführt hat, mit den Entscheidungen, die bei den vorigen Kammerwahlen in diesen Bezirken getroffen sind, zeigt schon heute, daß die Radikalsozialisten in diesen Wahlen vermutlich die meisten Siege zu buchen haben. Die stärksten Verluste hat bisher die Gruppe Tardieus aufzuweisen; auch die Sozialisten (Leon Blum) haben einige Sitze verloren. Die sozialistische Zeitung „Populaire" gibt sich aber noch nicht geschlagen, sondern rechnet mit einem Aufholen der Verluste im zweiten Wahlgang.

Soweit man bisher sehen kann, ist also das Ergebnis eine Konzentration der Stimmen auf die Mittelparteien, eine Erscheinung, die sich in schwierigen politischen Situationen in Frankreich auch früher schon gezeigt hat. Herriot wird bei der Koalitionsfrage der neuen Kammer den Ausschlag zu geben haben. Wie er sich entscheidet, läßt sich noch nicht mit Sicherheit übersehen. In einer Erklärung einem Pressevertreter gegenüber hat er sich am Sonntag morgen scharf gegen die Rechte ausgesprochen, vor allem gegen die äußerste Rechte (Marin), dann aber auch gegen Tardieu, dessen Belforder Wahlrede er energisch angriff.

In den Vormittagsstunden kristallisiert sich das Ergebnis des ersten Wahlgangs immer klarer heraus, so daß das amtliche Zahlenmaterial ergänzt werden kann. Gewinn und Verlust stellen sich folgendermaßen dar:

	Gewinn	Verlust
Republikanisch-Demokratische Union (Marin)	1	5 Mandate
Linksrepublikaner (Tardieu)	3	8 Mandate
Radikalsozialisten (Herriot)	6	— Mandate
Sozialisten (Blum)	3	2 Mandate
Kommunisten	—	1 Mandat

In parlamentarischen Linkskreisen mißt man der im ersten Wahlgang hervorgetretenen Tendenz eine weit größere Bedeutung zu, als man sie in Rechtskreisen wahrhaben will. Man geht sogar soweit, von einer Erschütterung des Kabinetts Tardieu zu sprechen und den Radikalsozialisten in der zukünftigen Kammer 140, den Sozialisten etwa 120 Mandate zu prophezeien. Aus dieser natürlich mit Vorsicht aufzunehmenden Berechnung zieht man den Schluß, daß die Wiederbelebung des Linkskartells nicht ausgeschlossen sei. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß sich Herriot als Führer der Radikalsozialisten im Wahlkampf keineswegs eindeutig für eine Regierungsbildung mit den Sozialisten ausgesprochen hat.

Von diesem Vertreter der freien Marktwirtschaft trennt uns so viel, daß es fast nur die *Worte* sind, die wir mit ihm gelegentlich gemeinsam haben.

Was der Uebersetzer wegläßt.

William Stix Wassermann, ein Bankier aus Philadelphia: Eine Herabsetzung der Löhne ist der sicherste Weg, um die Kosten zu senken. (Nur dieser Satz wurde übersetzt, nicht aber die folgenden Sätze): Wenn Warenpreise, Mieten und Steuern im selben Umfang herunter gegangen wären, wie die Löhne, so wäre der Lebensstandard des deutschen Arbeiters relativ auf derselben Höhe geblieben. Aber die Mieten blieben unverändert, und die Steuern wurden erhöht. Die Folge war eine Senkung des Lebensstandards und eine starke Verschlechterung des Inlandsmarktes für die deutschen Produzenten.

Ein anderes Wort Wassermanns: „Offen gesagt, das amerikanische Volk hat kein Zutrauen zu Europas Fähigkeit, das Schicksal des Kontinents zu meistern." — Dieses Mißtrauen ist vollberechtigt bei dieser Art der „Bemeisterung" unbequemer Sätze eines Englisch sprechenden Konferenzteilnehmers.

Ein Engländer: Handeln!

O. R. Hobson, Chefredakteur der „Financial News": Auch bei uns in England sagt man oft, man müsse warten und zusehen (waite and see), die Dinge müßten noch schlechter werden, ehe sie besser werden. Es *kann* nicht besser werden, wenn man es schlimmer werden läßt. Unvernunft kann nur durch Vernunft überwunden werden.

Ein Franzose: Nur der Friede . . .

Gaston Jeze, Universitäts-Professor in Paris: Nur der Friede, der politische und ökonomische Friede kann die Prosperität auf der Erde wieder herstellen.

„Wir tappen im Dunkeln. Wir suchen einen Weg, aber wir haben ihn noch nicht gefunden. Um das Heilmittel zu finden, müssen wir zunächst offen, mit Freimut und Aufrichtigkeit zu einander sprechen. Offenheit und Gradheit, das sind die Mittel, die wir anwenden müssen."

Wir werden beobachten, wie es mit Offenheit und Gradheit an den übrigen Tagen des Kongresses bestellt ist. Wir vermuten: Diese liberalen, linken Bürger werden am Ende der Konferenz noch so im Dunkeln tappen wie am Anfang.

Ein Belgier: Ruinen warnen!

Georges de Leener, Professor an der Universität Brüssel, hatte am Vormittag im Neuen Museum vor dem Pergamon-Altar gestanden. Die ernsten Gedanken, die ihm dabei gekommen waren, sprach er vor der Konferenz aus: Man darf nicht sagen, diese Krise müsse und werde enden, wie die früheren Krisen geendet haben. Vielleicht stehen, wie ich heute früh, vor dem Pergamon-Altar, in Jahrhunderten Menschen vor europäischen Ruinen, weil die europäische Welt durch diese Krise in Trümmer gegangen ist.

Mises, ein Arbeiterfreund?

Mises, Professor an der Universität Wien: „Wer die Lebenshaltung der großen Masse nicht senken will, muß jede Politik bekämpfen, die dem internationalen Handel Hemmungen entgegenstellt."

Mises wird im bürgerlichen Lager mit Recht für den konsequentesten Verfechter des ökonomischen Liberalismus gehalten. Ich hörte ein Gespräch zweier Konferenzteilnehmer: Alle anderen Vertreter des Liberalismus haben Konzessionen gemacht, nur Mises ist immer noch gegen alle Staatseingriffe und Monopolbildungen.

Wir wissen aber: Mises bekämpft auch die Gewerkschaften, als Monopol-Organisationen auf Seiten der Arbeiter. Er will nicht sehen, daß sie keine andere Wirkung haben, als ein kleines Gegengewicht zu bilden gegen das kapitalistische Monopol an den Produktionsmitteln, ein Gegengewicht, daß sich bisher noch immer als zu leicht erwiesen hat.

Gerade an Mises und seiner Haltung kann man gut sehen, was uns, die wir als *Sozialisten* für Marktwirtschaft eintreten, von jenem kleinen Haufen der überlebenden *Liberalen* unterscheidet. Ihr theoretischer Ahnherr, Adam Smith, war Ende des 18. Jahrhunderts noch des guten Glaubens, die Beseitigung einer Reihe von Staatseingriffen würde zum Wohlstand für alle führen. Den Enkeln von heute können wir nicht — so wenig wie denen, die für kapitalistische Planwirtschaft eintreten — den guten Glauben zubilligen. Die Erfahrungen eines Jahrhunderts Kapitalismus hätten auch sie belehren müssen.

Gerade um deutlich zu machen, was uns von diesen Enkeln trennt — mehr trennt als von den Ahnherren —, wollen wir auch die weiteren Sitzungen des Kongresses im „Funken" verfolgen.

Trotz der warnenden Worte des belgischen Professors scheint uns:

Sie stehen vor einem Abgrund und sehen ihn nicht.

Klassenkampf und Parteienkampf.

Man gewann in der Tat den Eindruck: die KPD denkt nicht daran, die Taktik der „roten Einheitsfront" zu ändern; sie hofft auf die weitere Verschärfung der Krise, die den Boden weiter auflockern wird für die Propaganda, die die KPD mit der zündenden Idee der Revolution und dem Hinweis auf das russische Beispiel bestreitet.

Diese Spekulation hat etwas für sich; aber der Erfolg solcher Propaganda stellt sich „keineswegs geradlinig" ein und, wie die Erfahrung zeigt, bestenfalls langsam. Mit welcher Kraft soll aber *heute*, ehe die „rote" Einheitsfront hergestellt ist, die Abwehr der tödlichen Gefahren geführt werden, die die organisierte Arbeiterbewegung in ihrer physischen Existenz bedrohen? Dieses Problem der Einheitsfront gegen die akute Gefahr, in der die Arbeiterschaft schwebt, und die Schwere dieser Gefahr, von Thälmann nicht in ihrem Ernst eingeschätzt. Er sprach zwar von dem bevorstehenden Krieg als einem sicher zu erwartenden Ereignis. Aber die Frage der Verhinderung dieses Verbrechens — wozu man den organisierten Generalstreik der *einheitlichen* Arbeiterschaft braucht, also die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit und die Liquidierung der RGO-Politik — diese brennende Frage wurde von Thälmann überhaupt nicht berührt. Er gab nur für den Fall eines *ausgebrochenen* Krieges die Lenin'sche Parole aus: Niederlage der eigenen Regierung. Ehe es aber dazu kommt, werden Tausende von Revolutionären hingemordet sein.

Dieser verhängnisvolle *fatalistische* Glaube an den Sieg, ein Glaube, den z. B. die italienische Arbeiterschaft einstweilen mit der Existenz ihrer Organisation bezahlt hat, dieser aus dem historischen Materialismus entspringende Fatalismus ist es, der uns im tiefsten Grunde von der KPD trennt. Und diese Trennung spüren wir auch dann noch — wenn auch besonders bedauernd —, wenn wir, wie bei der heutigen Kundgebung, empfinden, was uns mit den Kommunisten verbindet: die Aufgabe, die kapitalistische Ausbeutergesellschaft *durch etwas von Grund auf anderes* zu ersetzen.

In dem Bewußtsein dieser Idee waren die Massen im Lustgarten mit dem Redner verbunden, er selber sprach fast fröhlich in dem Gefühl der Sympathie, die ihm aus der Menge entgegenwehte. Es war ein wirkungsvolles Bild: der Redner vor der Front großer roter Fahnen, die in einer frischen Brise vor dem Schlosse wehten. —

Die Hakenkreuzler und Hakenkreuze waren heute aus dem Berliner Straßenbild verschwunden.

Völkerbund gegen Japan.

Das japanische Kabinett hat eine zweieinhalbstündige Sitzung gehabt, in der es über die Lage, wie sie vor allem durch die Vorgänge in Schanghai geschaffen ist, beraten hat; Beschlüsse sind noch nicht bekannt.

Alle an dem Schanghaier Attentat beteiligten Personen sind vor das japanische Militärgericht in Schanghai gestellt worden. Das Gericht wird voraussichtlich Todesstrafe durch Erschießung verhängen.

Die Besetzung der Mandschurei mit japanischen Truppen nimmt ihren Fortgang; die Verwaltung der chinesischen Ostbahn hat die Beförderung japanischer Truppen zugelassen.

Der japanische Gesandte in Schanghai drängt auf den Abschluß des chinesisch-japanischen Waffenstillstandes.

Die außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes hat bei Stimmenthaltung des japanischen Vertreters die Entschließung des Neunzehner-Ausschusses angenommen, wonach die Zurückziehung der japanischen Truppen innerhalb kürzester Frist vorgenommen werden soll unter der Ueberwachung eines neutralen Ausschusses; die Einzelheiten der Regelung des Streites zwischen China und Japan in Schanghai wird in die Hände des Viererausschusses in Schanghai gelegt. Diese Entschließung, die schon durch die Einschiebung der verschiedenen Ausschüsse ein für die Frage der Verantwortlichkeit sehr undurchsichtiges Gebilde darstellt, zeigt ihre entscheidende Schwäche darin, daß für die Zurückziehung der japanischen Truppen kein fester Termin angegeben ist.

Abrüstungskonferenz wird verschleppt.

Von der Arbeit der technischen Ausschüsse.

Der offizielle französische Antrag, die gesamte Abrüstungskonferenz bis zum 10. Juni zu vertagen, ist zwar am Freitag vormittag abgelehnt worden; mit einem raschen Vorwärtsrücken, vor allem der grundsätzlichen Aussprachen ist aber nicht zu rechnen, zumal auch MacDonald daran interessiert ist, daß diese Verhandlungen nicht vor dem 1. Juni wieder aufgenommen werden, dem frühsten Termin, zu dem er wieder in Genf sein kann. Es besteht der Eindruck, daß trotz der offiziellen Ablehnung solcher Vertagungswünsche diesen doch Rechnung getragen wird, und zwar einfach durch ein Verschleppen der Arbeiten der technischen Ausschüsse, die sich seit einigen Tagen mit der Defination der Angriffswaffe abquälen, ohne voranzukommen. So streitet man sich augenblicklich im Flottenausschuß um die Frage, ob die großen Linienschiffe Verteidigungswaffen seien — wie Amerika behauptet, daß seinen Besitzstand an diesen Schiffen nicht verringern will — oder ob sie als Angriffswaffen zu gelten haben — wie die den amerikanischen Flotten abgeneigten Italiener meinen.

Vor der Abreise Stimsons und MacDonalds aus Genf ist beschlossen worden, daß die dieses Mal nicht zustande gekommene Aussprache mit Tardieu wenn möglich innerhalb der nächsten 14 Tage nachgeholt werden soll.

PORGY.

Ein Neger-Roman von *du Bose Heyward.*

(Deutsche Rechte: Th. Knaur, Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(12. Fortsetzung.)

„Ach, red kein dummes Zeug!" erwiderte sie. „Das ist keine Frau, so einen Mann glücklich zu machen — die braucht einen Kerl wie den Mörder Crown, der sie duckt!"

„Das mag schon richtig sein!" gab der alte Mann bedächtig zu. „Nur Porgy weiß das nicht . . . Ueberdies, wenn ein Mann Verlangen nach einer Frau hat, wird er auch trotzdem glücklich! Dann schmückt er sie in seiner Einbildung, bis sie strahlt wie die Königin von Saba. Porgy denkt sicher, er hat den Himmel in seinem Zimmer . . ."

„Dabei bringt die Sorte einem Mann nur die Hölle!" entgegnete Serena verbissen. „Das ist kein Weib, mit dem man leben kann . . . So gern ich Porgy habe — mit der würd' ich keine drei Worte sprechen!"

„Das mag schon sein, Schwester!" stimmte Peter ihr bei. „Aber sieh dir doch mal Porgy an! Sonst hat er sich nicht viel aus Kindern gemacht — nicht wahr? Und jetzt? Jeden Tag, wenn er nach Hause kommt, hat er die Taschen voll Zuckerzeug für die ganze Bande! . . . Und gestern hab' ich die beiden in seinem Zimmer sogar singen gehört!"

Serena gab ihm ein Zeichen, ruhig zu sein, denn Porgys Frau kam quer über den Hof, um an der gemeinsamen Wasserleitung einen Eimer zu füllen. Sehr nett gekleidet ging sie an ihnen vorüber, als ob sie gar nicht da wären. Sie ließ den Eimer vollaufen, hob ihn dann mühelos auf den Kopf und ging, ihn leicht mit einer Hand im Gleichgewicht haltend, mit dem Ausdruck kühler Verachtung, die auf die beiden Beobachter sehr verschieden wirkte, dicht an ihnen vorbei, wieder zurück. Serena sah ihr schweigend nach, Peter aber sagte mit einer gewissen Bewunderung im Tone:

„Das ist doch eine — die kümmert sich den Teufel um ihre Nachbarschaft!"

Daß er dann aber noch vielsagend in sich hineinkicherte, war zuviel für seine Freundin.

„Armer, alter Großpapa — deine Augen taugen nichts mehr und deine Birne wird schon weich! Schämst du dich denn nicht, vor mir so von Bess, dem Weib des Mörders Crown, zu sprechen? . . . In deinem Alter solltest du deine Worte für gottesfürchtige Frauen aufheben!"

„Ja, ja . . .", fing Peter zögernd an. Doch er unterbrach sach, sah sie lange mit seinen trüben, gütigen Augen an, schüttelte dann den Kopf und sagte:

„Nein, nein, es hat keinen Zweck! Du würdest mich doch nicht verstehen — dazu reicht dein bißchen Weiberverstand nicht aus!"

Immer noch den Kopf schüttelnd, klopfte er seine Pfeife aus und ging dann auf den Stall zu, von woher ein leises, erkennendes Wiehern ihn begrüßte.

Bess trat in Porgys Zimmer ein und stellte den Wassereimer an seinen Platz neben dem neuen Ofen, in dem Holz gebrannt werden konnte, und der den alten, offenen Herd ersetzt hatte. Dann machte sie sich daran, das Abendessen zu bereiten.

Porgy saß, behaglich rauschend, auf einem niedrigen Stuhl in der Nähe der Tür. Das seltsame Gespanntsein, das, selbst in den Augenblicken schweigender Versunkenheit, so charakteristisch für ihn gewesen, war einer gelösten Körperhaltung und dem Ausdruck des Wohlbefindens gewichen.

Ein kleiner Negerbub watschelte pfeifend und schlurfend vorüber.

„Komm mal her, Jungchen!" rief Porgy ihn an.

Der Kleine blieb zögernd stehen und kam dann langsam näher. Porgy hielt ihm ein großes, rundes Bonbon mit roten und weißen Streifen hin.

„Wie wär's mit etwas Süßem?" fragte er ein wenig gönnerhaft.

Der Junge nahm das Zuckerding und trat ängstlich von einem Fuß auf den anderen.

„Das schmeckt fein!" sagte Porgy, in ein herzliches Lachen ausbrechend, dessen Plötzlichkeit das Kind etwas erschreckte. „Komm nur bald mal wieder und besuch Porgy und Bess!"

*

Langsam fuhr Porgy die König-Karl-Straße hinunter und überlegte dabei, ob er wohl Aussicht habe, hier haltmachen zu können und sich eine Weile in dem schmalen Schattenstreifen längs der Hauswände niederzulassen. Es war nämlich ein entsetzlich heißer Tag, und beide, der Krüppel und sein Ziegenbock, ließen schon in der dauernden Sonnenglut bedenklich die Köpfe hängen.

Leichten Schrittes kam ein Mann vorüber. Porgy erkannte sofort diesen weitausgreifenden, ungezwungenen Gang wieder und den weichen Filzhut, der tief auf die Augen herabgezogen war. Er streckte die Hand aus und kniff das Tier, das wie im Schlaf dahintrottete, leicht in den Schwanz. Das fiel darauf in einen schaukelnden Trab und brachte das Gefährt allmählich auf die gleiche Höhe mit dem Fußgänger, der aber gerade in diesem Augenblick stehenblieb, einen Schlüssel zog und damit die Tür eines Büros öffnete, in das er, ohne sich umzusehen, eintrat.

Porgy betrachtete sich das Büro und dessen Umgebung mit sichtlicher Befriedigung. Das Haus stand nämlich in nächster Nähe seiner alten Apotheke. Zwischen ihm und seinem Nachbarn lag nach Osten hin ein mehrere Fuß breiter Torweg, aus dessen tiefem Schatten ihm eine einladende Kühle entgegenströmte. Da gerade niemand vorüberging, drehte er sein Tier mit dem Kopf dem Torweg zu, kniff es rasch in den Schwanz und fuhr kühn über das Trottoir weg hinein. Er ließ seinen Wagen darin stehen und setzte sich mit der Tasse in der Hand dicht am Hausrand nieder.

„Du gingst besser mit deinem Ziegenbock aus Herrn Alans Torweg fort, ehe er dich bemerkt. Kannst dir doch denken, daß so ein feiner Herr keinen Bockgestank verträgt!"

Porgy sah auf und begegnete dem drohenden Blick Simon Frasiers.

(Fortsetzung folgt.)

Also doch weitere Entlassungen bei der Reichsbahn.

Der Bericht der Gewerkschaften über die Verhandlungen betreffs Arbeitszeit und Entlassungen bei der Reichsbahn kann nur schwer die Kläglichkeit des Ergebnisses verdecken. Es heißt darin:

„Die Verhandlungen über den großen Personalabbau der Reichsbahn sind am Freitag zu einem Abschluß gekommen. Der Entlassungsplan — um das gleich vorweg zu nehmen — ist unter dem Einfluß der Gewerkschaften sehr wesentlich abgemildert worden. Man verständigte sich dahin, daß die Frage der Arbeitszeit für die Betriebs- und Verkehrsarbeiter von der Arbeitszeitregelung der Werkstättenarbeiter abgetrennt wird. Die Gewerkschaften erklärten sich schließlich mit dieser Maßnahme einverstanden, weil sie die Abbauverhandlungen nicht zum Nachteil der Arbeiter scheitern lassen wollten.

Für die Werkstätten erhielt die Reichsbahnhauptverwaltung das Recht, in der Woche bis zu einer Feierschicht Arbeitszeitverkürzung eintreten zu lassen. Das bedeutet praktisch so viel wie die Einführung der 40-Stunden-Woche. Darüber hinaus hat sich die Reichsbahn *die Möglichkeit vorbehalten*, in einigen Werken noch *Entlassungen vorzunehmen*. In den Bahnbetriebsstellen und auf den größeren Güterböden dürften wie bisher im Monat bis zu drei Feierschichten gemacht werden.

Den Abbau restlos abzubiegen, *war nach Lage der Dinge unmöglich*. Immerhin ist es gelungen, dem größten Teil der vom Abbau bedrohten Eisenbahnarbeiter ihre Arbeitsstelle zu retten. Es bleibt aber nichtsdestoweniger die Tatsache bestehen, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn — trotz Feierschichten und Entlassungen — *für über 150 000 Arbeiter Dienstschichten bis zu 93 Stunden die Woche beibehält*. Es bleibt weiter die Tatsache, daß der Reichsverkehrsminister gegen diesen himmelschreienden Skandal nicht einschreitet. Und es bleibt auch die Tatsache, daß der Reichsarbeitsminister es nicht wagt oder nicht will, in seinen Entwurf über die Arbeitszeitverkürzung auch die Reichsbahn einzubeziehen, sei es auch nur in die Kategorie der Berufsgruppen, denen die Möglichkeit, die 48-Stunden-Woche zu überschreiten, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gewährt werden soll."

Zur Beurteilung der Lage bei der Reichsbahn geben wir hier einen Bericht des „Bayerischen Eisenbahner-Verbandes" wieder aus dem „Bayerischen Kurier" vom 14. März 1932:

„Ist das nicht geradezu eine groteske Lage: Auf der einen Seite münden alle Arbeitsbeschaffungspläne in den Ruf nach Arbeitsbeschaffung durch die öffentlichen Körperschaften, in erster Linie durch die Reichsbahn, auf der anderen Seite verlautet, daß eben diese Reichsbahn Personal auf die Straße setzen will!

Zunächst ist bei der Reichsbahn in dem Augenblick kein Mann überzählig, in dem die anfallenden Betriebsdienstarbeiten gerecht verteilt werden, auf daß nicht mehr die einen nur 40 Stunden in der Woche arbeiten dürfen und die anderen bis zu 57 Stunden in der Woche arbeiten müssen, wobei die Dienstschichten bis zu 90 Stunden wöchentlich ausgedehnt werden dürfen.

Wir wollen nochmal die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes bei der Reichsbahn mit objektiven Zahlen belegen.

Nach dem amtlichen Geschäftsbericht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft für das Geschäftsjahr 1929 (in den beiden vergangenen Jahren blieben diese Dinge gleichgelagert) hatten von 407 929 Bediensteten im 7tägigen Zeitraum eine Gesamtdauer der Dienstschichten von durchschnittlich:

Arbeitsstunden:	Bedienstete:		Prozent:
48 und weniger	1 203	=	0,29
49—53	33 457	=	8,20
54	40 448	=	9,92
55—59	112 676	=	27,62
60	32 017	=	7,85
61—66	105 962(!)	=	25,97
67—71	33 624	=	8,24
72	24 600	=	6,03
73—78	17 174	=	4,21
79—84	5 290	=	1,30
85—88	1 161	=	0,28
89—93	353	=	0,09

Von diesen Bediensteten erhalten jährlich

Ruhetage:	Bedienstete:		Prozent:
39	6 595	=	1,62
40—51	30 723	=	7,53
52	151 020	=	37,02
53—64	134 745	=	33,03
65—78	54 683	=	13,41
79 und mehr	30 163	=	7,39
Ruhesonntage:			
16 und weniger	39 458	=	9,67
17 und mehr	368 471	=	90,33

Aehnliche Zahlen galten, wie gesagt, auch für 1930 und 1931 und gelten auch jetzt noch! Sie sprechen eine beredte Sprache. Ohne daß man diese Zahlen in ihrem inneren Gefüge nach allen Gesichtspunkten auswertet, kann man doch — unter den heutigen Verhältnissen! — das eine mit aller Bestimmtheit sagen:

Personalentlassungen bei der Reichsbahn dürften trotz des ungeheuren Verkehrsrückganges vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt aus auf gar keinen Fall geduldet werden!

Man wird einwenden: über allen arbeitsmarktpolitischen Erwägungen steht die Sorge um die Rentabilität des Betriebes.

Das war bis vor noch kurzer Zeit so; heute darf das nicht mehr gelten. Heute wäre dies aus der Froschperspektive gesehen.

Zugegeben, daß es unwirtschaftlich sein wird, wenn die Reichsbahn einige Zehntausende von Bediensteten, die sie für überzählig hält, weiter behält; wir wollen den Gegenwert dieser Unwirtschaftlichkeit, dieser „Belastung" für die Dauer eines Jahres mit irgendeiner Zahlengröße in Geld ausdrücken, etwa mit 10 Millionen Mark. **Wie hoch stellt sich denn die Gesamtbelastung der Volkswirtschaft, wenn diese Zehntausende von Reichsbahnbediensteten arbeitslos gemacht werden? Genügen dann die angenommenen 10 Millionen??"**

Wieviele Arbeiter der Reichsbahn bei Aufrechterhaltung einer weit über 40 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit nun entlassen werden, und wieviel die Arbeitszeit gekürzt wird, daß alles steht — nach dem obigen Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen — völlig bei der Reichsbahnhauptverwaltung. Das danach — im Gegensatz zu einer Wendung des Berichts — praktisch *nicht* die 40-Stunden-Woche eingeführt werden wird, ist bei der reaktionären Zusammensetzung der Reichsbahnhauptverwaltung selbstverständlich.

Die Aeußerung im Bericht: „Den Abbau restlos abzubiegen, war nach Lage der Dinge unmöglich," ist völlig unberechtigt, weil vor allem ein ernsthafter Kampf nicht geführt worden war. Hier war für die Gewerkschaften ein konkreter Angriffspunkt für Durchsetzung der 40-Stunden-Woche bei einem Riesenunternehmen. Daß sie diesen Kampf nicht aufnahmen, werden sie noch zu bereuen haben. Die Klagen über Entlassungen und lange Arbeitszeiten bei der Reichsbahn werden nicht abreißen und alle Scharfmacher werden sich daran orientieren. Und auch daran werden sich die Scharfmacher orientieren, daß sie den Gewerkschaften alle reaktionären Forderungen bieten können ohne auf ernsten Abwehrkampf zu stoßen. Die Gewerkschaften schaufeln sich solchermaßen ihr eigenes Grab.

Fritz Grob.

Ungarns Finanzen.

Annäherung an die Gleichgewichtslage.

Die Vertreter des Finanzausschusses des Völkerbundes in Ungarn, der vierteljährlich dem Finanzausschuß über die Staatsfinanzen Ungarns Bericht zu erstatten hat, stellt in seinem Bericht über das erste Vierteljahr von 1932 fest, daß die ungarische Regierung dem Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ihres Budgets wieder bedeutend näher gekommen sei.

Der Kampf in Dänemark.

Arbeiter und Bauern bedroht.

Die Aussperrung der dänischen Schlächtereiarbeiter hat bereits 10 000 Arbeiter arbeitslos gemacht. Die Rückwirkung auf die Wirtschaft äußert sich in einem sehr erregten Zustand der dänischen Bauern, die durch den ausfallenden Export, vor allem nach England, schwer geschädigt sind. Seit der Entwertung des englischen Pfundes (die dänischen Lieferungen werden in Pfunden bezahlt) drängen die Bauern auf eine Herabdrückung des dänischen Kronenkurses. Dieser Druck, den sie auf die Regierung ausüben, ist jetzt erheblich gestiegen. Am Sonnabend hat eine Sitzung des Kabinetts mit den Leitern der Nationalbank stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist.

Der Kampf, in dem die dänischen Genossen stehen gegen die Unternehmer der Schlachtbetriebe, fällt jetzt zusammen mit dem Rückstoß, den dieser Kampf auf die dänischen Landwirte ausübt. Die Regierung, deren Aufgabe es längst gewesen wäre, hier einen Ausgleich herbeizuführen, der die Interessen der Arbeiter wahrnimmt und die Ansprüche der Bauern nachprüft, hat nun am 1. Mai durch ihren Ministerpräsidenten Stauning, freilich inoffiziell, ankündigen lassen, daß sie gerade vorhatte, dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten über die Herabsetzung der Schulden der Landwirtschaft und die Einführung des Sechs-Stunden-Arbeitstages zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. Stauning hat über dieses Vorhaben gesprochen in der Maikundgebung der Sozialdemokratischen Partei, die am Sonntag in einem großen Park in Kopenhagen stattfand. Er hat betont, daß das Land durch die Sperre der Ausfuhr nach England aufs schwerste bedroht sei; es sei möglich, daß die Regierung genötigt sei, sich der landwirtschaftlichen Ausfuhr selber anzunehmen, falls der Schlächtereikonflikt anhalte. Wie sich die Regierung in diesem Konflikt verhalten wird, ist bisher nicht gemeldet worden; vielleicht hat Stauning darüber geschwiegen. Wir werden diesen Kampf eingehender verfolgen.

Arbeitsbeschaffung.

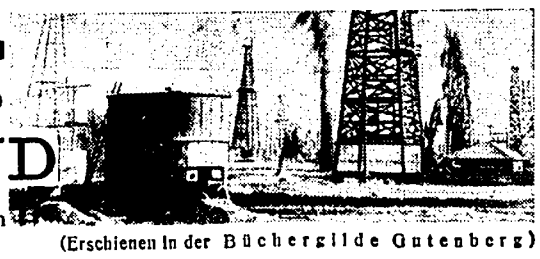
t Berlin, 1. Mai.

Im Mittelpunkt der Kabinettsberatungen, die, nach Rückkehr Brünings aus Genf, am Anfang der Woche stattfinden, wird ein umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das von den zuständigen Ressorts in Anlehnung an die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrats in der Zwischenzeit kabinettsreif gemacht worden ist.

Um die für die Durchführung der Pläne erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, ist, entsprechend dem Vorschlag der freien Gewerkschaften, die Auflegung einer großen Prämienanleihe geplant, die, ähnlich wie die seinerzeitige Reichsbahnanleihe, mit besonderen Vorzügen ausgestattet werden soll. Der Vorzug soll nach den bisherigen Absichten im wesentlichen in einer möglichst weitgehenden Steuerbefreiung liegen.

Einzelheiten über den Gewinnplan liegen noch nicht fest, doch soll mit der Rückzahlung bereits nach verhältnismäßig kurzer Zeit begonnen werden. Unter Hinweis auf den Erfolg der seinerzeitigen Reichsbahnanleihe ist man in unterrichteten Kreisen hinsichtlich des Ergebnisses auch dieser Anleihe guter Hoffnung. Im Zusammenhang mit dieser Frage wird sich das Reichskabinett dann weiter mit dem Problem des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigen. Inwieweit eine Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes angestrebt werden kann, ist in der Hauptsache eine finanzielle Frage.

OEL UND LAND



Von B. Traven

(Erschienen in der Büchergilde Gutenberg)

(5. Fortsetzung.)

Und so während das Gold vor ihm kein Leben bekam, so bekam die Rosa Blanca in diesem Augenblick, als um sie gekämpft wurde, alles Leben. Sie nahm Gestalt an. Sie sprach zu ihm. Sie lachte ihn an. Sie wurde Person. Er hörte sie singen.

Er konnte es nicht mehr ertragen .Er stand auf und trat in die offene Tür.

Dort stand er und überblickte den Hof. Der Hof sah, wie meist immer, auch heute nicht aufgeräumt aus. Jenes hatte er schon hundertmal ändern wollen und dieses. Immer, wenn er es sah, wollte er es ändern und immer gleich darauf war es vergessen und blieb. Da in der Ecke, dicht bei dem Zaun, lag ein altes zerbrochenes Karrenrad von einem Maultierkarren, an dessen Existenz sich niemand mehr auf der Hazienda erinnern konnte. Jenes Karrenrad verfaulte langsam, denn es war aus gutem eisenhartem Holz. Jeden Samstag sollte es fortgeräumt werden, und am Sonntagmorgen, wenn er in den Portico trat, lag das Rad noch immer in seiner Ecke.

Er erinnerte sich, daß es schon dagelegen hatte, als er fünf Jahre alt war. Da hatte sein Vater gesagt: „Das alte Karrenrad kann auch verbrannt werden, der Manuel mag es heute abend zerhacken und das Holz zu den Frauen in die Küche tragen."

Der Auftrag wurde vergessen und das Rad nicht zerhackt.

Dann hatte der Vater wieder einmal, als er es sah, gesagt: „Das Rad könnte man vielleicht zu etwas brauchen, ich werde mit Manuel reden, was er denkt, was man damit machen könnte."

Hacinto war dann, als er acht Jahre oder so alt war, in den Speichen herumgeklettert mit der Absicht, seinen Körper geschmeidig zu machen gleich einer Schlange.

Eine Zeitlang diente es, einen jungen Coyote, den er mit anderen Jungen gefangen hatte, daran festzubinden. Der Coyote sollte gezähmt werden, um ihn als Hund zu gebrauchen. Aber eines Nachts hatte sich der Coyote von dem Strick losgebissen und war entwischt.

Dann sollte das Rad wieder einmal verbrannt werden. Dann sollte es wieder einmal mit Hilfe Manuels zu etwas anderem gebraucht werden. Dann, als Jüngling, hatte Hacinto des Abends auf dem Rad gesessen und — es war in seiner Liebeszeit — von seinem Mädchen, die jetzt seine Frau war, geträumt. Hatte darauf süße Rancholieder vor sich hingesummt. Und hatte manche Nacht darauf gehockt und still vor sich hingeweint, als er glaubte, daß sie ihn nicht mochte. Hatte dann, ein wenig später, mit ihr des Nachts zusammen darauf gehockt und an zehn oder mehr Stellen Kerben eingeschnitten für die Umarmungen, die sie ihm gab, oder was es sonst sein mochte. Er wußte gut, was es war, wofür er die Kerben einschnitt.

Aber das alte zerbrochene Karrenrad lag noch immer da. Und noch immer an derselben Stelle.

Dann starb der alte Mayordomo, der Manuel, der so oft den Auftrag erhalten hatte, das Rad zu zerhacken oder es zu etwas anderem zu gebrauchen.

Jedoch das Rad ließ sich durch den Tod nicht stören. Es lag da und lag da.

Und nun seit Jahren, jeden Samstag, wenn der Hof aufgeräumt wurde, gab Hacinto den Befehl, daß das Rad endlich einmal beseitigt würde. Und jeden Sonntagmorgen, wenn er in den Portico trat und nach dem Wetter sah, lag das Karrenrad noch immer da. Bis zum nächsten Sabado. Aber am Sonntag würde sicher etwas auf dem großen Hof gefehlt haben, hätte das Karrenrad nicht noch immer dagelegen.

Und so lag es auch jetzt da. Friedlich, gemütlich, unverfroren, ausdauernd und selbstbewußt und wartete auf das endliche Verfaulen. Sein ältester Junge, Domingo, saß jetzt oft, allein und weltverloren ,auf dem Rade und schnitt gelegentlich Kerben ein, wie er, der Vater, wohl bemerkt hatte. Er wußte auch, wer das Mädchen war. Was er jedoch am besten wußte, war, daß jenes Karrenrad immer noch daliegen würde, wenn er eines Tages abgerufen werden wird. Denn das Rad war kein lebloses Stück alten verwitterten Mahagoniholzes. Das Rad war ein Symbol. Ein Symbol der Rasse. Das Karrenrad war zeitlos geworden.

Hacinto blickte zur Seite, und dort hockte Emilio, der Junge der Cociera, der Köchin. Er hockte da auf dem Erdboden, hatte vor sich einen Schilfkorb stehen und körnte die Maiskörner aus dem Kolben mit Hilfe eines schon ausgekörnten Kolbens. So, genau so, wurde der Mais hier schon entkörnt vor fünftausend Jahren, mehr, vor zwanzigtausend Jahren. Eine Entkörnungsmaschine, die in fünf Minuten mehr auskörnte, als der Junge in zwei Stunden, kostete sechzig Pesos oder gar nur fünfundvierzig. Sie sollte schon gekauft werden, als der Vater noch lebte. Hacinto hatte sie schon hundertmal kaufen wollen. Aber vielleicht geht es auch noch eine Weile ohne. Es ist ja fünftausend Jahre so gegangen. Warum denn nun mit einem Male so plötzlich? Der Emilio hat ja sonst sowieso auch weiter nichts zu tun und geht doch immer nur Kaninchen jagen. Kann auch gut Mais auskörnen. Bekommt kräftige Hände und Finger davon. Kann ihm nur nützlich sein im Leben.

Drüben, in der Nähe des Zaunes, der den weiten Hof umfriedigt, steht Margarito, der Mayordomo der Hazienda, und doktert zwei Mules, die sich infolge ihrer Trägerarbeit den Rücken durchgescheuert haben. Er wäscht die Wunden mit schwarzer Seife und heißem Wasser sorgfältig aus und singt dabei.

Er singt das uralte Rancholied von dem schönen Indianermädchen, das einen Indianerburschen liebte, ach so sehr, so sehr liebte. Aber dann kam der Mexikaner mit großem, rotem Hut und schwarzen silberen Sporen herangesprengt, ach so sehr stolz, so sehr stolz, herangesprengt auf einem weißen Roß, ach so sehr, so sehr weißem Roß herangesprengt.

(Fortsetzung folgt.)

Wo ist die halbe Million geblieben?

Deutschnationale beantragen Untersuchung.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der die Verwendung der nach der Reichshaushaltsrechnung für 1930 ausgewiesenen außerplanmäßigen Ausgabe von 496 000 Mark zur Aufklärung der Bevölkerung über die Absichten der Reichsregierung im einzelnen nachzuprüfen und insbesondere festzustellen hat, ob und inwieweit diese Mittel zu Wahl- oder parteipolitischen Zwecken verausgabt worden sind."

Lohnabbau überall!

Die Unternehmerparolen: Auflockerung und Angleichung!

l **Essen**, 30. April.

Der Zechenverband hat die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Mai gekündigt. Das hat zur Folge, daß zum gleichen Zeitpunkt auch ein neuer Manteltarif abgeschlossen werden muß.

Der Zechenverband zielt dabei nicht nur auf Lohnherabsetzung ab, sondern auf „eine Auflockerung des bestehenden Lohnsystems, die den Zechen in gewissen Grenzen eine Anpassung ihrer Lohnhöhe an ihre besonderen Verhältnisse ermöglicht". Auf diese Weise soll „die Aufrechterhaltung möglichst zahlreicher Arbeitsstellen" ermöglicht werden.

Das heißt: in den wenig rentabel arbeitenden Zechen wird man die Löhne besonders drücken, mit Hilfe der Drohung, sonst den Betrieb einstellen zu müssen. Nachdem eine solche Lohnherabsetzung erfolgt ist, können dann die anderen Zechen unter der jetzt üblichen Parole: „Angleichung der Löhne" folgen.

h **Bremen**, 30. April.

Die Marineleitung hat den Lohntarif für die Marinewerft und das Marinearsenal in Kiel zum 31. Mai gekündigt. Parole der Marineleitung: „Angleichung" an die 5 bis 9 Pfennige tiefer liegenden Löhne auf den Nordseewerften.

Vorstandstagung des Zentrums.

h **Berlin**, 30. April.

Am Sonnabend tagte der geschäftsführende Vorstand des Zentrums in Berlin unter dem Vorsitz des Prälaten Kaas. Die parteiamtliche Mitteilung über diese Sitzung meldet: „Zur Erörterung standen die sachlichen Fragen, die die deutsche Politik in der nächsten Zeit zu bewältigen hat: vor allem die außenpolitischen Ziele, Stärkung der Binnenwirtschaft, die Frage der Arbeitsbeschaffung, der Siedlung und des freiwilligen Arbeitsdienstes. In der Lösung dieser sachlichen Aufgaben sieht die Zentrumspartei allein die Gewähr für eine Ueberwindung der wirtschaftlichen Krise und für einen außenpolitischen Erfolg, der die Freiheit und volle Gleichberechtigung des deutschen Volkes in sich schließen muß."

Brüning hat auf der Sitzung die außenpolitischen Fragen behandelt. In bezug auf den Kurs des Zentrums in Preußen „wurde festgestellt, daß die letzte Entscheidung über alle notwendigen Entschließungen der *Reichs*parteileitung vorbehalten bleibt". Das spricht dafür, daß für die Entscheidung in Preußen weitgehend außenpolitische Erwägungen maßgebend sein werden.

Mai-Feiern im Reich.

Zu ernsten Zwischenfällen bei Maikundgebungen ist es nur in Bremen gekommen. Dort wurden bei Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Polizei mehrere Personen verletzt.

Außer in den Nazi-Ländern (Braunschweig, Mecklenburg), in denen Maidemonstrationen überhaupt verboten waren, war den Kommunisten in Bayern, Württemberg und Bremen die Straße verboten worden.

Im Betrieb verunglückt.

Ein Toter, neun Schwerverletzte.

k **Hamburg**, 29. April.

In den Mühlenwerken Ulmer in Billstedt wurden zwei Arbeiter durch eine Stichflamme schwer verletzt. Die Flamme schoß aus einer Trommel heraus, in der sich ein Spritgemisch durch Funkenbildung entzündet hatte.

a **Saarbrücken**, 1. Mai.

Im Hochofenwerk Patural in Hayingen stürzte ein Gerüst mit acht Monteuren, die dort mit Nietarbeiten beschäftigt waren, in die Tiefe. Einer der Schwerverletzten ist gestorben.

Durch eine turnerische Leistung rettete sich der 25-jährige Schlosser Hennig aus Freienwalde das Leben. Er stürzte bei den Arbeiten am Schiffshebewerk in Niederfinow von einem 40 m hohen Gerüst ab und fing sich nach einem Fall von etwa fünf Metern an dem Gerüst auf. Dort hing er einige Zeit, bis seine Kollegen ihn befreiten. Er trug nur leichte Verletzungen davon.

Elternbeiratswahlen im Juni. Wir weisen die dissedentischen Eltern schon jetzt auf die am 19. Juni stattfindenden Elternbeiratswahlen hin. Das aktive und passive Wahlrecht steht Vätern und Müttern aller Schulkinder zu. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre. In Freidenkerverbänden und den Freien Schulorganisationen sollten die Wahlvorschläge schon jetzt ausgearbeitet werden.

Biegsames Holz.

R. Lä. Immer noch ist das Holz unser einfachster und zugleich wunderbarster Baustoff, auch der am meisten verwendbare Rohstoff für Industrie und Gewerbe. Nachdem wir kürzlich die neuzeitliche Ausgestaltung der Unverbrennbarkeit erlebten, kommt nun ein neues Produkt zähen Erfindungsgeistes auf den Markt, das biegsame Holz. Bisher war das Biegen des Holzes eine umständliche Sache, die meist in Spezialanstalten ausgeführt werden mußte. Vor einiger Zeit ist nun eine Bearbeitung entdeckt worden, die dem Holz jahrelang die Eigenschaft verleiht, sich mit freier Hand beliebig biegen zu lassen. Die Biegung kann dann durch bloßes Austrocknen dauernd erhalten bleiben.

Man kann biegsames Holz aus allen üblichen Holzarten: Eiche, Buche, Ahorn, Kirsche u. s. w. herstellen. Natürlich auch aus Tanne und Fichte. Man kann fertig gefräste Profilleisten aus Biegeholz bekommen. Für viele Handwerke ist das ein großer Gewinn, vorausgesetzt, daß die Hersteller sich mit den Preisen in bescheidenen Grenzen bewegen. Sonst aber hat wieder einmal die Allgemeinheit keinen Vorteil von einem an sich großartigen Fortschritt.

Postflugverbindung von Berlin nach Athen (über Wien, Budapest, Belgrad, Sofia, Saloniki) besteht von jetzt ab jeden Montag und Freitag. Ab Berlin 4.00 Uhr, an Athen 18.30 Uhr. An den übrigen Wochentagen besteht ein Flugdienst Berlin-Wien-Budapest-Belgrad-Sofia; ab Berlin 8.15 Uhr, an Sofia 18.55 Uhr.

Der Berliner Haushalt für 1932/33 ist trotz eines Defizits vom Magistrat verabschiedet worden. Den Ausgaben von 1 009 780 490 Mark stehen 896 313 290 Mark Einnahmen gegenüber.

Öffentlicher Wirtschaftskursus.

Das sozialistische Programm zur Beseitigung der Wirtschaftskrise

Unter diesem Thema wird Dr. Hellmut Rauschenplat, Wirtschaftsredakteur des „Funken", einen vom ISK veranstalteten Wirtschaftskurs leiten.

Der Kurs beginnt am Freitag, dem 6. Mai, um 20 Uhr im

Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 24.

Er wird voraussichtlich an 4 Abenden stattfinden. Der Kursbeitrag beträgt pro Abend und Teilnehmer 50 Pfennige. — Für Arbeitslose frei. Vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Montag, den 2. Mai.

Berlin:
9.50 Uebertragung von der „Weltwirtschaftskonferenz 1932" aus dem Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats: Prof. Robbins, London: Kapitalsverflechtung als Ursache und Folge der Handelsverflechtung.
17.15 Klavier-Sonate Cis-Moll von Beethoven.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):
20.00 Abend-Konzert.

Königsberg:
18.25 Bücherstunde: „Deutschland so oder so", „Fünf Jahre, die die Welt verändern".

Königswusterhausen:
17.30 Dr. W. Schueck: Südamerika in der Krise.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

..... Name ..... Ort

..... Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: **Bezirk Prenzlauer Berg: am Mittwoch, dem 4. Mai, um 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"**

Bezirk Lichtenberg: am Dienstag, dem 10. Mai, um 20 Uhr, Scharnweberstraße 8a bei SEIPKE. Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Bezirk Wedding: am Mittwoch, dem 11. Mai, um 20 Uhr, Prinz-Eugen-Straße 29, Restaurant „Zum braunen Bär." Thema: „HITLER marschiert in Preußen! Wer schmiedet die Einheitsfront?"

Freie Aussprache! Eintritt frei!

ISK

7. JAHRGANG 5. HEFT MAI 1932

INHALT:

Fritz Grob:
Genossen, besinnt Euch!
*
Zahlen des Niedergangs:
Im Schatten von Artikel 48.
Klassenjustiz.
Das Elend der Erwerbslosen.
Paragraph 218.
Arbeitsnot und Selbstmorde.
Der kulturelle Abstieg.
*
Hellmut Rauschenplat:
Der Ausweg aus der Wirtschaftskrise
*
Zum Nachdenken:
Welche Religionsgesellschaften sind in Preußen! Körperschaften öffentlichen Rechts? — Bibel-Umsatz. — Nutznießer der Krise.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate
Koffer ☐ Schatullen ☐ Schränke
Schallplatten
für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen
Otto Pfotenhauer
Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote!

BUROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

MAGDEBURG
Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM.
Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.
Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge Mäntel • Damen-Mäntel Kostüme
!!! Tadelloser Sitz !!!
Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Von der Kunst, zu philosophieren.
Von Leonard Nelson.
35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft."
„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorübergehen."
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau" Nr. 41.
„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten', sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt."
„Der Funke" Nr. 86.
Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Import von Arbeitskraft nach Frankreich.

Die Société Générale d'Immigration (S. G. I., Allgemeine Einwanderungs-Gesellschaft) ist ein kapitalistisches Geschäftsunternehmen, das die französische Einfuhr von ausländischer Arbeitskraft besorgt. Dieser Handel war von Beginn des Krieges bis zum Jahre 1931 einer der blühendsten Zweige der französischen Wirtschaft und wird es nach Ueberwindung dieser Krise wohl wieder werden.

Als im Weltkriege acht Millionen Franzosen ins Feld zogen, machte sich ein Mangel an Arbeitskräften, besonders auf dem Lande, bemerkbar. Mehr als 150 000 Eingeborene wurden während dieser Zeit aus den französischen Kolonien nach Frankreich transportiert, um das Land zu bestellen, und mehr als 150 000 Europäer flüchteten aus Bulgarien, der Türkei und anderen Ländern nach Frankreich.

Auch nach Kriegsende, als die überlebenden Soldaten wieder zurückgekehrt waren, blieb der Mangel an Arbeitskräften fortbestehen; denn erstens sind viele Bauern und Arbeiter gefallen, und zweitens war der Bedarf an Arbeitskräften besonders groß. Um zu verhindern, daß die französischen Arbeiter infolge des Mangels an Arbeitskräften erhöhte Forderungen erheben, kümmerten sich die Kapitalisten sogleich um die Beschaffung von Arbeitern.

Sie begannen systematisch Arbeiter zu importieren. Italiener strömten in Massen ins Land. Schon 1922 waren von insgesamt 300 000 Bauarbeitern, die es in Frankreich gab, 135 000 Ausländer und diese fast ausschließlich Italiener. Heute ist die Lage nicht viel anders.

In Westfalen wurden polnische Bergarbeiter durch viele Versprechungen (die sich nicht alle erfüllten, bewogen, ihre Rechte auf Knappschafts- und andere Sozial-Versicherung aufzugeben und in die französischen Bergwerksgebiete auszuwandern. Aber als bestes „Erntefeld" für die Beschaffung von Arbeitern erwies sich Polen.

Im Jahre 1924 wurde die S. G. I. gegründet. Im Aufsichtsrat sitzt unter anderen der Vorsitzende des französischen Stahlkartells, des Comité des Forges. Die Gesellschaft hat in den Jahren 1024 bis 1929 fast 500 000 Arbeiter importiert. Sie hat dabei einen Profit von 40 Millionen Franks erreicht.

Wir wollen einen Blick auf die Organisation dieses Importgeschäftes werfen.

Französische Unternehmer, die ausländische Arbeitskraft haben wollen, holen beimArbeits- oder — wenn es sich um Landarbeiter handelt — beim Landwirtschafts-Ministerium die Erlaubnis dazu ein. Dann wird der Auftrag an die Gesellschaft gegeben. Besondere Wünsche, was Alter, Nationalität u. s. w. anbetrifft, werden berücksichtigt.

Die Hauptniederlassungen der S. G. I. sind in Polen. Dort geht das Geschäft folgendermaßen vonstatten:

An Kirchen und öffentlichen Gebäuden in den ärmlichen Dörfern werden Plakate angeschlagen:

„Polen! Fahrt nach Frankreich. Arbeit wird euch zugesichert; dazu Sozialversicherung, bequeme Wohnungen für eure Familien und kostenlose Reise bis zum Bestimmungsort."

Dazu Ort und Zeit für Interessenten, die sich für die Ausreise melden wollen. Sie müssen für die Anmeldung nach der nächstliegenden Stadt fahren, wo sie mit Bewohnern anderer Dörfer der Umgegend zusammentreffen, die auch nach Frankreich wollen. Zu vielen Hunderten warten sie in den Polizeibüros, in denen die S. G. I. die Durchsicht vornimmt.

Jeder Einzelne wird vom Arzt untersucht (allerdings nur flüchtig; denn hier muß alles schnell gehen!), ein Beamter sieht die Papiere durch, stellt einige Fragen. Etwa die Hälfte der Bewerber wird zurückgewiesen. Die Auswanderung geht schnell vor sich: in 13 Stunden werden 1200 Menschen abgefertigt! Diejenigen, die gut genug für die französischen Kohlengruben und Hochöfen sind, werden in eines der Hauptdepots der S. G. I. befördert. Sie befinden sich von jetzt ab in den Händen der Gesellschaft und fangen schon langsam an, zu verstehen, daß sie betrogen werden. Aber sis sind bereit, alles mit sich geschehen zu lassen, wenn sie nur Arbeit bekommen.

Das Hauptdepot der Gesellschaft: Große Schlaf- und Speiseräume für Hunderte von Personen (Jede Woche wird eine Ladung von 600 Stück abtransportiert!), Wasch-, Desinfektions- und Untersuchungsräume; alles ist rationalisiert! Eine zweite ärztliche Untersuchung findet statt (nicht viel gründlicher als die erste); jedem Einzelnen werden Fragen gestellt über sein Handwerk, um zu vermeiden, daß jemand sich durchschmuggelt, der nicht von der gewünschten Branche ist. Man kann gut sieben, denn das Angebot an „Arbeitskraft" ist ja reichlich. Diejenigen, die die Probe nicht bestanden haben, werden auf Kosten der S. G. I. wieder nach Hause geschickt. Die anderen müssen sich bei der Polizei ihre Papiere besorgen. Dann muß der Kontrakt mit dem französischen Unternehmer unterschrieben werden. Alles ist rationalisiert: viele können nicht lesen; die, die es können, kommen in den wenigen Minuten, die ihnen gegeben wird, kaum dazu, sich das Schriftstück anzusehen, das sie unterschreiben. Später, im Zug, werden sie Zeit haben, es genau durchzustudieren: nur wird ihnen auch dann nicht klar werden, was sie unterschrieben haben; denn die Amtssprache, die hier benutzt wird, ist so gemacht, daß einfache Arbeiter sie nicht verstehen können. Was hätten sie auch davon, zu wissen, was für einen Kontrakt sie unterschrieben haben? Die Not zwingt sie ja doch, anzunehmen, was man ihnen bietet!

Am nächsten Morgen wird die Arbeitskraft verladen. Ein Personenzug steht bereit. Auf der einen Seite werden die Frauen untergebracht, auf der anderen die Männer. *Drei Tage lang dauert die Reise von Myslowitz in Polen nach Toul in Frankreich.* Licht wird im Zuge niemals gemacht, die schlechtesten Wagen scheinen gut genug für einen solchen Transport.

In Toul ist das Einreisedepot. Es ist drei Kilometer von der Stadt entfernt. Dorthin müssen die Arbeiter marschieren. Noch einmal, jetzt unter Kontrolle französischer Staatsbeamter, werden alle ärztlich untersucht. Es kommt aber selten vor, daß aus Toul noch jemand zurückgeschickt wird; die Reisespesen sind ja schon bezahlt. Dann wird jedem „Stück Arbeitskraft" eine Adresse um den Hals gehängt. Die Farben der Adressenkarten unterscheiden sich, je nachdem, ob der Betreffende Industrie- oder Landarbeiter ist. Dann verteilt sich die Ladung in die verschiedenen Teile Frankreichs.

*

Die so als „Ware Arbeitskraft" ins Ausland transportierten Menschen merken nach und nach, daß man sie betrogen hat. Man hat ihnen gesagt, daß sie dieselben Rechte haben würden wie französische Arbeiter. Nun sehen sie, daß sie einen geringeren Lohn erhalten als jene, daß sie auf dem Lande oft von den übrigen Arbeitern getrennt essen und schlafen, daß häufig der wöchentliche Ruhetag für sie nicht gilt.

Die größte Ueberraschung erleben sie, wenn ihnen am Zahltag 10 Prozent des Gehalts abgezogen werden. Wofür? Um die Reiseunkosten zu bezahlen. (Was in Polen auf dem Plakat über kostenlose Reise gestanden hat, gilt in Frankreich nicht mehr.) Der Arbeitgeber hat die Summe ausgelegt und der S. G. I. bezahlt: nun zieht er sie nach und nach vom Lohne der Arbeiter ab. Wenn die Arbeiter nach einigen Wochen oder Monaten die Arbeitsstelle verlassen wollen, so sagt ihnen der Arbeitgeber: „Leg mir erst das Geld auf den Tisch, das ich für dich ausgelegt habe." Welcher Arbeiter, der eben erst ohne einen Pfennig in der Tasche nach Frankreich gekommen ist, könnte einige Hundert Franks auf den Tisch legen? So sind sie gezwungen, auf der Arbeitsstelle zu bleiben, bis sie ihre Reisekosten bezahlt haben.

Eine weitere Ueberraschung erleben sie, wenn sie untersuchen, wieviel sie der S. G. I. für die Reise bezahlen müssen, wobei sie feststellen, daß die Gesellschaft für jeden Arbeiter 485 Franks (81 Mark) fordert, während Arbeiter, deren Unkosten von der Regierung ausgelegt worden sind, nur 330 Franks zu zahlen haben. In manchen Fällen ist der Unterschied noch größer. Jetzt wird auch klar, woher die 40 Millionen Franck Profit der S. G. I. kommen: 40 Millionen Francs geteilt durch 500 000 importierte Arbeiter macht 80 Francs Profit pro Arbeiter!

*

Der Arbeitskontrakt und die Rückzahlung der Reiseunkosten sind nicht das Einzige, was die Arbeiter hindert, ihre Stellung nach Wunsch zu wechseln. Besonders zu Anfang sind sie gezwungen, sich von Zeit zu Zeit eine Aufenthaltserlaubnis von der Polizei einzuholen. Wenn sie sagen, daß sie ihre Stellung aufgeben wollen, verweigert ihnen die Polizei oft die Erlaubnis.

*

Dieser Sklavenhandel wird im zwanzigsten Jahrhundert im „zivilisierten" Europa betrieben. Gegen die *Konkurrenz*, die die polnischen Arbeiter für die französischen Kollegen darstellen, wird von diesen oft protestiert. Aber für das *Recht* der polnischen Genossen erklingt nur hier und da einmal eine schwache Stimme.

Hilde Meisel.

Deutsche Justiz.

Gegen Kommunisten.

— ck. Vor dem Schwurgericht in Dortmund stand vor einigen Tagen ein Zusammenstoß zwischen NS und Kommunisten zur Verhandlung, der Anfang November 1931 in Wanne-Eickel bei Bochum erfolgt war. Nach einem Bericht des „Dortmunder General-Anzeigers" war der Zusammenstoß durch die NS veranlaßt worden, die sich mit dem Ruf „SA-Leute, hier heran" den Kommunisten genähert haben sollen. Ein Kommunist, der Bergmann Franz Resetz, hatte seine Pistole einer Frau Jeske, bei der er wohnte, gegeben. Die Frau befand sich ebenfalls auf der Straße. Als die SA herankamen, rief Resetz: „Los!" Daraufhin schoß Frau Jeske; der Schuß brachte einem NS-Mann eine ungefährliche Fleischwunde bei. Obgleich offenbar nur Körperverletzung in Frage kam, die sonst mit Geldstrafen oder geringen Gefängnisstrafen geahndet zu werden pflegt, außerdem mindestens vermeintliche (sogenannte Putativ-Notwehr) in Frage kam, verurteilte das Gericht Frau Jeske wegen versuchten Totschlages und Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu einem Jahr Gefängnis und Resetz wegen Anstiftung zum versuchten Totschlag zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust!

Natürlich vereidigte man die Nazis auf ihre Aussagen und machte sie, die Todfeinde der Kommunisten, zu Richtern über diese.

Kämpferischer Argwohn.

— ck. Im Auftrage der Roten Hilfe machte ich im Gerichtsgefängnis in H. Haftbesuche bei einer Anzahl Genossen, die wegen angeblichen Landfriedensbruchs zur Anklage gebracht werden sollen und bereits seit 17 Tagen in Untersuchungshaft sind. Ich erlebte zum ersten Mal, daß ich von politischen Gefangenen nach meinem Ausweis gefragt wurde. Doch verlangten nur zwei von zehn Beschuldigten den Ausweis zu sehen. Ich habe mich über das scheinbare Mißtrauen gefreut! Die beiden Genossen, die ohne den Ausweis nicht aussagen wollten, waren sicher die verantwortungsvollsten unter den Beschuldigten.

Der Essener Schulstreik.

ck. Am 27. April hatten sich 33 Angeklagte, die ihre Kinder kurz vor Beginn und nach Beendigung der vorigen Herbstferien an einem Schulstreik an Essener bekenntnisfreien Schulen hatten teilnehmen lassen, vor dem Amtsgericht zu verantworten. Im ganzen sollen 400 Fälle zur Aburteilung kommen. Als Gründe für den Streik waren mangelhafte Schulspeisungen, Herabsetzung der Wohlfahrtsunterstützungssätze, schlechte Fußbekleidung und Unterernährung der Kinder angegeben worden. Obgleich ein als Zeuge vernommener Lehrer bestätigte, daß die Schüler größtenteils bei schlechtem Wetter wegen ihres zerrissenen Schuhzeuges nicht zur Schule kommen konnten, daß ein anderer Teil während des Unterrichtes vor Uebermüdung und Hunger eingeschlafen sei und größtenteils ohne Frühstück zur Schule kam, erhielten alle Angeklagten für jeden Einzelfall, also für jeden Tag, an dem sie die Kinder dem Unterricht fern gehalten hatten, drei Mark Geldstrafe. Auf diese Weise müssen einzelne Erwerbslose 50 Reichsmark und mehr zahlen.

Solche Urteile können nur Richter fällen, die niemals gezwungen waren, halb verhungerte, kranke, schwindsüchtige Kinder ohne Schuhwerk durch Wind und Wetter zur Schule zu schicken. Diese Art der Klassenjustiz wird sicher nur mit dem Klassenstaat verschwinden.

Die von Oben und Unten.

Mißhandelte und Mißvergnügte.

Bl. Die Emslandkommission veranstaltete anläßlich des Hannoverschen Provinziallandtages einen Vortragsabend über das hannoversche Emsland und seine Probleme.

Ein erschütterndes Bild über die wirtschaftlichen und kulturellen Zustände im Emsland gab Dr. Demohn (Osnabrück) in seinem Vortrag über „Sozialhygienische Reihenuntersuchungen als exakte Methode der Feststellung der Emslandnot". Die im Jahre 1931 aufgenommenen Untersuchungen, die sich auf die Gesundheitsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung der Wohnungsverhältnisse bezögen, seien bisher an 13 Orten durchgeführt worden. Von diesen 13 Reihenforschungen griff der Redner als Musterbeispiel die Untersuchungen im nordöstlichen Teil der Stadt Papenburg heraus. In den 105 erfaßten Behausungen mit 112 Familien mit 660 Personen sind nur 326 Schlafgelegenheiten vorhanden, so daß 233 Betten mehrfach, und zwar 79 mit je drei Personen und acht mit je vier Personen belegt werden müssen. Nur 93 Personen haben ihr eigenes Bett. Dazu kommt noch, daß es sich bei den vorgefundenen 326 Schlafgelegenheiten um hygienisch nicht einwandfreie Betten handelt. Es befinden sich unter ihnen 94 Butzen (in Mauernischen eingebaute Schlafstellen) und 64 Halbbetten. Die Außenmauern dieser Behausungen sind in 71 Fällen in schadhaftem Zustande und in 74 Fällen sind die Bedachungen derart schlecht, daß der Regen ungehindert durchströmen kann. Die Fußböden bestehen in 76 Fällen aus Ziegelstein und die Innenwände sind in 41 Fällen in einem Zustand, daß infolge Feuchtigkeit keine Tapete mehr an der Wand kleben bleibt. In drei Fällen wurde in der Küche noch ein offenes Torffeuer angetroffen. Die Schlafräume sind durchweg zu klein und in 12 Fällen ohne Tageslicht. Ebenso unhygienisch wie die Wohnungsverhältnisse ist die Wasserversorgung. 13 Häuser haben überhaupt keinen Brunnen und von den übrigen 92 sind 87 Torfbrunnen, die in 75 Fällen hygienisch verwerflich sind, weil sie auf gedüngtem Gelände bzw. in der Nähe von Abwässern oder des Kanals liegen. Die wirtschaftliche Notlage der Bewohner ist infolge des Niederganges der Torfwirtschaft erheblich gestiegen.

In den anderen zwölf erforschten Orten seien die Verhältnisse denen in Papenburg-Obenende erschreckend ähnlich.

Daß derartige Zustände in Deutschland noch vorhanden sind, ist längst nicht bekannt genug. Sonst würden viele es nicht wagen, immer nur verächtlich auf die „Unkultur" in anderen Ländern, z. B. in Rußland, hinzuweisen.

„Der Winter unseres Mißvergnügens."

H. Lt. In dem Hugenberg-Blatt „München-Augsburger Abendzeitung" schreibt ein vornehmer Herr E. v. S. in einem Artikel „Aus der bayerischen Gesellschaft" folgendes:

„Endlich neigt sich dieser Winter unseres Mißvergnügens seinem Ende zu. . . . Allzu kurz waren die Vergnügungen in dieser Zeitspanne; denn die führenden Kreise, die sich früher um die Veranstaltung von Festen bemühten, müssen sich unter dem Druck der Zeit auf den engsten Kreis beschränken. Nur dann und wann spricht die Kunde herum von einem festlichen Empfang beim Kronprinzen Rupprecht. . . . Der Kronprinz verbringt einen Teil des Jahres im Leuchtenburg-Palais, den anderen Teil auf den Schlössern von Berchtesgaden, Hohenschwangau und Hohenburg. . . ."

Wir empfehlen den 7 Millionen Arbeitslosen, die ebenfalls einen „Winter ihres Mißvergnügens" hinter sich und einen ebensolchen Sommer vor sich haben, sich zu überlegen, ob diese „Gesellschaft" in die Gesellschaft gehört.

Die kleine Entente hat es eilig — die große nicht.

Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei haben beschlossen, die Konferenz, die anfangs auf Mitte Juni festgesetzt worden war, nun schon Mitte Mai in Belgrad stattfinden zu lassen.

Indessen können sich die Großmächte nicht darüber einigen, ob sie die Donaukonferenz zusammenberufen wollen ohne Hinzuziehung Deutschlands und Italiens oder mit deren Zulassung. Auch die Anwesenheit Brünings hat, da Tardieu abwesend blieb, keine Entscheidung ermöglicht. Die Verhandlungen sind vorläufig zum Stillstand gekommen.

Weitere Zahlungseinstellung in Neusüdwales.

Nachdem der Staat Neusüdwales bereits vor einiger Zeit den ausländischen Schuldendienst eingestellt hatte, hat nunmehr der Ministerpräsident Lang auch die Zahlungsunfähigkeit für die am 1. Mai fälligen Zinsenzahlungen auf die inneren Schulden von Neusüdwales erklärt.

Da die australische Bundesregierung die Beschlagnahme sämtlicher Staatseinkünfte zur Abdeckung des Schuldendienstes angedroht hat, hat Lang das Steuerarchiv Tag und Nacht mit 50 Gewerkschaftsleuten besetzen lassen, die sich jedem Versuch der australischen Behörden, die Steuerdokumente einzusehen, widersetzen werden.

In Polen blüht der Handel mit der Ware „Ausfuhrbestätigungen".

Die am 14. Januar d. J. in Kraft gesetzten polnischen Seezollpräferenzen (Seezoll-Vorzugsbestimmungen) insbesondere für Kaffee, Tee und einige Südfrüchte sehen nicht nur bei der Einfuhr über die polnischen Seehäfen niedrigere Einfuhrzölle als bei der Einfuhr über die Landgrenzen vor, sondern selbst für die Einfuhr über Danzig oder Gdingen zwei verschiedene Zollsätze: einen höheren bei der völlig eigenmächtigen Einfuhr des Importeurs und einen niedrigeren bei der Einfuhr mit „besonderer Genehmigung" des Finanzministeriums. Die Differenz zwischen den beiden verschiedenen Seezöllen ist recht erheblich; so betragen die Sätze z. B. für Kaffee 150 und 90 Zlotys, Tee 525 und 450 Zlotys, Orangen und Mandarinen 200 und 100 Zlotys, Aepfel 200 und 30 Zlotys, Bananen 200 und 100 Zlotys, sowie bei Zitronen 35 und 25 Zlotys.

Es ist klar, daß derjenige Importeur der genannten Waren, der die höheren Zollsätze bezahlen muß, demjenigen gegenüber, der nur die niedrigeren Sätze zu entrichten braucht, konkurrenzunfähig wird, und so sind sämtliche Importeure dieser Waren darauf angewiesen, sich um die „besonderen" Genehmigungen des Finanzministeriums zu bemühen. Dieses erhält hierdurch zunächst die Möglichkeit, die Einfuhr der in Rede stehenden Waren zu kontingentieren, und bereits hört man insbesondere aus Ostoberschlesien zahlreiche Klagen des dortigen Großhandels mit Kaffee und Tee, daß ihm die Einfuhr der benötigten Kolonialwarenmengen nicht voll bewilligt wird.

Selbst wenn jedoch das Finanzministerium die „besondere" Genehmigung zur Einfuhr erteilt, knüpft es diese nach dem Wortlaut der Ausführungsbestimmungen zur Seezollverordnung an die Bedingung einer „Kompensation" dieser Einfuhr durch die Ausfuhr eines gleichwertigen Postens gewisser Waren, unter denen Konfektionsartikel, Metallwaren und Schnittholz die wichtigsten sind.

In der Praxis sind selbstverständlich die Importeure von Kolonialwaren nicht in der Lage, sich nun plötzlich auch auf das Exportgeschäft mit ihnen völlig fremden Waren nach ihnen unbekannten Märkten zu verlegen. Einige utopische Pläne, wie der eines großzügigen Tauschgeschäfts von polnischer Steinkohle gegen brasilianischen Kaffee, haben sich als undurchführbar erwiesen. Nicht ein einziger dieser Importeure hat bisher auch nur ein einziges derartiges Kompensationsgeschäft wirklich tätigen können. Das Finanzministerium aber besteht bei den Importeuren, die Einfuhrkontingente zu den niedrigsten Seezöllen beantragen, auf der Vorlage von amtlichen Bestätigungen einer erfolgten Ausfuhr von Konfektion, Metallwaren oder Schnittholz im Werte des beantragten Kontingents; nur räumt es ein, daß diese Ausfuhr nicht von der betreffenden Importfirma selber vorgenommen sein muß. Dadurch werden die Importeure gezwungen, sich an den regulären Exporthandel mit Konfektion usw. mit dem Ersuchen um Abgabe solcher Bestätigungen zu wenden, wie sie seit Inkrafttreten der Seezollpräferenzen ausgestellt werden. Der Exporthandel gibt den Kolonialwaren- und Südfruchtimporteuren natürlich diese Bestätigungen nur gegen Bezahlung ab. Dadurch wird der ohne Zweifel von vornherein beabsichtigte einfache Zweck dieses ganzen komplizierten Systems von Vorschriften erreicht:

Die Importeure müssen die Exporteure subventionieren, da sie ihnen die Ausfuhrbestätigungen abkaufen müssen, wenn sie weiter importieren wollen.

Können sie sich die Ausfuhrbestätigungen nicht verschaffen, so gewährt das Ministerium ihnen Einfuhrkontingente zum niedrigsten Zollsatz nur gegen Zahlung von 35 Prozent der Differenz zwischen dem höheren und dem niedrigeren Seezoll in einen neugeschaffenen Exportsförderungsfonds bei der Landeswirtschaftsbank. Bei Rohkaffee z. B. beträgt diese Differenz 60 Zlotys für 100 kg, wovon 35 Prozent 21 Zlotys ausmachen, die bei Nichtvorlage von Ausfuhrbestätigungen in diesen Fonds abzuführen wären; dieser Satz stellt daher zugleich den Höchstpreis dar, den der Kaffeeimporteur schlimmstenfalls beim Konfektionsimporteur für die Hergabe einer Bestätigung der erfolgten Ausfuhr von Waren im Werte von 100 kg Kaffee anlegen wird.

In diesem Rahmen und unter diesen Vorschriften hat sich

ein richtiger Markt für solche Ausfuhrbestätigungen entwickelt,

insbesondere beim Verband der Textilexporteure in Lodz, beim Verband des Metallwarenexporthandels in Warschau und beim Holzexportsyndikat. Die für Ausfuhrbestätigungen geforderten Preise schwanken stark je nach Angebot und Nachfrage, sanken aber bisher nie um mehr als 30 Prozent unter die Höchstpreisgrenze, bei deren Ueberschreitung für den Importeur die direkte Zahlung in den Exportförderungsfonds sich billiger stellen würde. Nach anfänglich großen Schwierigkeiten aller Art hat sich dieses neue System doch durchgesetzt. Die Südfruchtimporteure kaufen die Ausfuhrbestätigungen bisher noch jeder für sich auf eigene Faust auf; die Importeure von Kaffee und Tee dagegen kaufen sie auf durch ihren neugegründeten Zentralverband, und zwar auf gemeinsame Rechnung.

Es handelt sich in Wahrheit um ein verschleiertes System einer doppelten Ausfuhrprämiierung; denn die durch das Finanzministerium von den Kolonialwarenimporteuren geforderten Ausfuhrbestätigungen betreffen ausnahmslos solche polnischen Industriewaren, für deren Ausfuhr aus Polen die Staatskasse bereits Ausfuhrprämien in der Form der „Zollrückerstattungen" zahlt. Diese werden unverändert weiter geleistet. Die neue Ausfuhrbestätigung stellt für den Exporteur einfach einen weiteren Prämienschein dar, nur daß er diesen nicht wie den ersten der Staatskasse, sondern den Importeuren von Kolonialwaren und Südfrüchten zur Einlösung präsentiert. Diese zweite Ausfuhrprämiierung durch den Verkauf der Ausfuhrbestätigung fällt für den Exporteur stark ins Gewicht, beträgt sie doch zum Beispiel bei Lodzer Konfektionswaren zur Zeit zwischen 3 und 5 Proz. des Warenwertes und stellt so eine Verdoppelung der bisherigen staatlichen Ausfuhrprämie dar. Sie hat bei einer ganzen Reihe von Lodzer Konfektionsartikeln deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber britischen Waren auf den Donau- und Balkanmärkten wiederhergestellt und so ohne Zweifel zur Belebung des Exports beigetragen. Auch die Beträge, welche die Importeure direkt in den Exportförderungsfonds des Finanzministeriums einzahlen, werden von der Regierung außer zur Deckung gewisser außerordentlicher Regiekosten des Staatlichen Export-Instituts zur Ausschüttung der staatlichen „Zollrückerstattungen" an den Exporthandel verwandt. H. H.

Um den Weizen- und Maispreis.

Starre deutsche Agrarpolitik.

Der deutsche Weizenpreis ist an der Berliner Börse seit Jahresanfang ständig gestiegen. Ein Doppelzentner kostete

im Januar durchschnittlich . . .	22,74 Mark
im Februar durchschnittlich . . .	24,52 Mark
im März durchschnittlich	24,81 Mark
am 29. April	26,80 Mark

Da die Weizenmehlpreise entsprechend stiegen, war die Gefahr einer wesentlichen Brotverteuerung nahe gerückt, zumal die deutschen Vorräte bis zur neuen Ernte keinesfalls ausreichen.

Die Maßnahmen, die die Reichsregierung durch eine Verordnung vom 29. April ergriffen hat, kommen spät und sind so zaghaft wie möglich: Der Weizenzoll wird für die Zeit bis zum 30. Juni 1932 von 125 auf 18 Mark für den Doppelzentner ermäßigt, jedoch nur für 15 Prozent der gesamten vermahlenen Menge während des zweiten Vierteljahres 1932. — Grundsätzlich bleibt auch die Bestimmung aufrechterhalten, nach der in der Regel 97 Prozent Inlandsweizen vermahlen werden müssen (oder, wenn eine Mühle Inlandsweizen gegen Auslandsweizen getauscht hat, mindestens 70 Prozent Inlandsweizen). Der 70prozentige Vermahlungssatz soll nur unter gewissen Voraussetzungen auch bei Vermahlung von Auslandsweizen zulässig sein, der zum ermäßigten Satz von 18 Mark eingeführt worden ist.

Grundsätzlich wird also der Zollsatz von 25 Mark für den Doppelzentner Weizen aufrecht erhalten. (Ein Doppelzentner Weizen kostete im Durchschnitt des Monats März in Hamburg vor der deutschen Zollgrenze rund 11 Mark!) Ebenso wird der Vermahlungssatz von 97 Prozent grundsätzlich aufrecht erhalten.

Die Zollermäßigung wird keineswegs zu einem Sinken des Brotpreises führen — was an sich dringend erforderlich wäre —, sondern höchstens ein Steigen verhindern. Aber auch das scheint noch keineswegs sicher zu sein.

*

Den Wünschen der Viehzüchter auf ermäßigte Futtermittelpreise wird auch nur sehr wenig entgegengekommen. Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle beschloß am 29. April, den Monopolpreis für Mais um 1 Mark für den Doppelzentner herabzusetzen. Für die Zeit vom 4. Mai bis zum 2. Juli soll Donau-Mais 15,50 Mark für den Doppelzentner kosten. (In London kostet er weniger als 7 Mark, in Buenos Aires rund 5 Mark!) —t.

Wachsende Krise — wachsende Torheit.

DÄNEMARK

Steigender Einfuhrüberschuß: Im Januar betrug der Einfuhrüberschuß 13 Millionen Kronen, im Februar 1 Million Kronen, im März 15 Millionen Kronen. Im ersten Vierteljahr betrug der Einfuhrüberschuß insgesamt 6 Millionen Kronen mehr als im ersten Vierteljahr 1931.

Gedrosselte Einfuhr: Der Rückgang der Einfuhr im ersten Vierteljahr betrug gegenüber dem Vorjahr 45 Millionen Kronen, wovon auf die Einfuhr aus Deutschland 32 Millionen Kronen, also gut zwei Drittel, entfallen. England hat dagegen seine Einfuhr gegenüber dem Vorjahr um 4 Millionen Kronen auf 60 Millionen Kronen erhöht. — Das ist unter anderem die Antwort auf die deutsche Butterzollpolitik!

Landwirtschaftsminister Bording zur Frage der *Sanierung landwirtschaftlicher Betriebe:* Es gibt zwei Wege: 1. Abschreibung der Schulden bis auf einen Betrag, der unter den gegenwärtigen Bedingungen noch verzinst werden kann, 2. „Einkapseln" des Teils der Schulden, der über den augenblicklichen Wert des Besitzes hinausgeht, der natürlich durch die Senkung landwirtschaftlicher Preise stark herabgedrückt ist. Dieser Teil der Schulden müßte für eine Reihe von Jahren unverzinslich und unkündbar sein, bis die Preise landwirtschaftlicher Produkte wieder gestiegen sind.

Der *große Landwirteausschuß*, der aus allen Parlamentsparteien gebildet ist, macht folgende *Vorschläge zur Sanierung:* Von den gesamten Schulden der Landwirte, die etwa 4½ Milliarden Kronen betragen, sollen rund 1 Milliarde Kronen „einfrieren." Nach einem Vorschlag sollen für sie 20 Jahre lang keine Zinsen gezahlt werden, nach einem anderen Vorschlag so lange nicht, bis die Preise für landwirtschaftliche Produkte eine gewisse Höhe erreicht haben.

DEUTSCHLAND

Zwangskartell für Feuchtstärke: „Um die Verwertung der Kartoffelernte zu erleichtern", wird verordnet, daß die Erzeuger von Feuchtstärke sich dem Rohstärkeverband in Berlin anschließen müssen.

Verkehrsmonopol: Nunmehr warnt auch die Gütertarifstelle für Metallindustrie und Metallhandel vor dem drohenden Verkehrsmonopol der Reichsbahn. In einer Entschließung ihres Vorstandes heißt es: „Die von der Reichsbahn im Kampf mit dem Kraftwagen angestrebten Ziele erfüllen Metallindustrie und Metallhandel mit ernster Sorge." In der Entschließung heißt es sehr richtig: ein Verkehrsmonopol werde eine weitere Erhöhung der Frachtkosten zur Folge haben. — Wie gut diese Herrschaften doch über die Wirkung von Monopolen Bescheid wissen!

Ausfuhr gebrauchter Maschinen: Seit dem 27. März wurde ein die Ausfuhr völlig unterbindender Ausfuhrzoll auf gebrauchte Maschinen erhoben. (800 Mark für den Doppelzentner.) Man wollte dadurch die Uebersiedlung von Fabriken ins Ausland verhindern. Dabei wurde jedoch wie vorauszusehen eine Reihe von Firmen nutzlos geschädigt. Der hohe Zoll wird nun auf Grund vieler Proteste vom 1. Mai ab nur noch für Textilmaschinen gelten; für andere gebrauchte Maschinen ist er auf 15 bis 80 Mark ermäßigt worden. — Sitzen eigentlich in den Ministerien *nur* Dilettanten?

Oberhütten-Sanierung: Das Reichskabinett hatte einen in Nr. 52 ausführlich beschriebenen Sanierungsplan genehmigt, der für die Aktionäre sehr günstig war. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hatte am 30. März mit Mehrheit gegen das Sanierungsprojekt protestiert. Wir fragten damals (in Nr. 77): „Ob das Erfolg haben wird?" — Dies ist der Erfolg: Der Haushaltsausschuß hat am 27. April mit allen gegen die kommunistischen Stimmen ein Projekt angenommen, nach dem den Aktionären zugestanden wird, den Aufsichtsrat zu gleichen Teilen mit der öffentlichen Hand zu besetzen; bei Meinungsverschiedenheiten im Aufsichtsrat soll ein neutraler Vorsitzender entscheiden. — Der Staat darf also Verluste sozialisieren und macht sich abhängig von der Entscheidung eines „neutralen" Vorsitzenden.

Lebenshaltungsindex: April: 121,7 (März: 122,4).

NIEDERLÄND. INDIEN

Gummi: Auf 212 Gummipflanzungen ist das Gummiabzapfen vollständig eingestellt worden, auf 121 Plantagen zum Teil. Die Fläche, auf der nicht mehr gezapft wird, beträgt 12 Prozent der Fläche der Gummiplantagen von 1931.

Sinkende Staatseinnahmen: Trotz erhöhter Zuschläge zu den Einfuhrzöllen (seit Anfang 1932 20 Prozent Zuschlag, vorher 10 Prozent), trotz 20 Prozent Zuschlag auf die Benzinsteuer, sind die Staatseinnahmen für die ersten beiden Monate folgendermaßen zurückgegangen:

1929	101 Millionen Gulden
1930	96 Millionen Gulden
1931	81 Millionen Gulden
1932	66 Millionen Gulden

Der Zirkel des Unheils ist international: Wegen der Krise sinken die Staatseinnahmen; wegen sinkender Staatseinnahmen kann der Staat zur Belebung der Krise keine sogenannte „aktive Konjunkturpolitik" durch Vergebung von Staatsaufträgen treiben.

OESTERREICH

Einfuhrverbote: Für eine lange Liste von Waren ist am 29. April das erwartete Einfuhrverbot erlassen worden; die in der Verbotsliste aufgeführten Waren dürfen ohne besondere Bewilligung nicht eingeführt werden. Die Liste reicht von Südfrüchten bis zu Uhren, von Zucker bis zu Braunkohlen, von Parfums bis zu Flugzeugen.

ITALIEN

Arbeitslosigkeit: Nach der amtlichen italienischen Statistik ist die Zahl der vollständig Arbeitslosen von Ende Januar bis Ende Februar von 1 051 000 auf 1 148 000 gestiegen. Ende Februar 1931 waren nur 765 000 Personen voll arbeitslos; die Steigerung der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahr beträgt also rund 50 Prozent. — Von den Arbeitslosen beziehen nach amtlichen Angaben nur 302 000 Arbeitslosenunterstützung.

Quecksilber: Das Bergwerk Abbadia San Salvadore wird auf drei Jahre geschlossen. Das Lager ist in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr von 30 000 auf 50 000 Flaschen angewachsen. — Der *Welt*jahresbedarf beträgt bei guter Konjunktur 120 000 Flaschen, zur Zeit 60 000 Flaschen.

FRANKREICH

Eisenproduktion: Im März wurden arbeitstäglich nur 15 000 Tonnen Roheisen produziert, gegenüber 15 400 im Februar. Statt 81 waren nur noch 78 Hochöfen unter Feuer. — Die gesamte Ausfuhr von Eisenprodukten nach England machte im Februar 51 000 Tonnen, im März nur 15 000 Tonnen aus, — ein deutliches Zeichen für die Voreinfuhr nach England im Februar und den Rückschlag darauf im März.

Getreidepreise diesseits und jenseits der Zollmauern.

(In Mark per Doppelzentner.)

	Diesseits. Berliner Produktenbörse. Wochendurchschnitt.			Jenseits. Hamburg. unverzollt.
	24.4 — 30.4	Vorwoche	Vorjahr	30. 4.
Weizen	26,80	26,28	28,38	10,20
Roggen	19,92	19,90	19,76	9,27
Braugerste . .	19,18	19,23	23,70	—
Futtergerste . .	18,88	18,47	—	9,95
Hafer . . .	16,40	16,87	18,84	8,08
Weizenmehl . .	34,16	33,68	37 19	—
Roggenmehl . .	26,79	26,98	28,05	—